



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2019/04982**
Datum: 06.03.2019
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.03.2019	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der Fraktion MitBürger zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)

Bund, Länder und Kommunen sind verpflichtet, bis Ende 2022 alle Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Diese Portale sind zu einem Portalverbund zu verknüpfen. Das regelt das im August 2017 in Kraft getretene Onlinezugangsgesetz (OZG). Insgesamt wurden 575 Leistungen identifiziert, die digitalisiert werden sollen und im OZG-Umsetzungskatalog erfasst, systematisiert und beschrieben sind. Die Umsetzung des OZG soll arbeitsteilig zwischen Bund, Ländern und Kommunen erfolgen. Das Land Sachsen-Anhalt hat die Federführung im Themenfeld Bildung. Das Themenfeld umfasst die Lebenslagen Schule, Berufsausbildung, Studium und Weiterbildung. Erarbeitete Lösungen im jeweiligen Themenfeld müssen so gestaltet werden, dass eine Übertragbarkeit auf alle Bundesländer gewährleistet ist. Das Land ist dabei auf die Mitarbeit der Kommunen angewiesen. Das elektronische Serviceportal der Stadt Halle (Saale), das planmäßig im April 2019 online gehen soll, ist in gewisser Weise ein erster Schritt in Richtung OZG-Umsetzung.

Dazu fragen wir:

1. Gab es bereits Abstimmungen mit dem Land hinsichtlich einer Zusammenarbeit bei der OZG-Umsetzung?
2. Wenn ja, welche konkreten Aufgaben wird die Stadt Halle bearbeiten müssen?
3. Wie stellt sich die Verwaltung auf, um dieses voraussichtlich sehr umfangreiche Arbeitspaket zu bewältigen? Wurde bereits eine Projektstruktur und -planung erarbeitet – besonders bezogen auf Personal und Kosten?

gez. Tom Wolter
Fraktionsvorsitzender



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich I
Finanzen und Personal

20. März 2019

Sitzung des Stadtrates am 27.03.2019

Anfrage der Fraktion MitBürger zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)

Vorlagen-Nummer: VI/2019/04982

TOP: 11.19

Antwort der Verwaltung:

1. Gab es bereits Abstimmungen mit dem Land hinsichtlich einer Zusammenarbeit bei der OZG-Umsetzung?

Die Umsetzung der OZG-Leistungen soll in 14 Themenfeldern erfolgen. Für das Handlungsfeld Bildung ist das Land Sachsen-Anhalt federführend. Entsprechende Digitalisierungslabore werden durch das Finanzministerium (Referat OZG/Portalverbund) eingerichtet. Durch die Stadt Halle (Saale) wurden im Oktober 2018 die Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium und eine Mitarbeit in den jeweiligen Digitalisierungslaboren durch die zuständigen Fachbereiche angezeigt.

2. Wenn ja, welche konkreten Aufgaben wird die Stadt Halle bearbeiten müssen?

Die konkreten Aufgaben werden im Ergebnis der Umsetzungsplanung entsprechend der Lebens- und Geschäftslagen zwischen Bund-Land und den Kommunen abgestimmt.

Für die Stadt Halle (Saale) werden für die Lebenslage Schule nachfolgende OZG-Leistungen Priorität haben:

- Aufwendungen für Schulausflüge, Klassenfahrten und Schüleraustausch
- Ganztagschulförderung
- Hortbetreuung
- Schulaufnahme und -wechsel
- Schülerbeförderung
- Schulgeld
- Schulprüfung und -zeugnis
- Schulunterricht
- Sonderpädagogischer Förderbedarf

3. Wie stellt sich die Verwaltung auf, um dieses voraussichtlich sehr umfangreiche Arbeitspaket zu bewältigen? Wurde bereits eine Projektstruktur und -planung erarbeitet – besonders bezogen auf Personal und Kosten?

In der Stadtverwaltung wurde bereits 2007 im Rahmen der Bewerbung zur Modellkommune die Fachaufgabe E-Government mit vier E-Government-Vorhaben erfolgreich eingeführt. Die Stadt bietet momentan ca. 50 Online-Dienste über ihre Internetseite an. Um das Online-Angebot der Stadt für die Bürger und Unternehmen zu erweitern, wurde weiterhin die Errichtung eines neuen Serviceportals durch die Stadtverwaltung beauftragt. Dieses Serviceportal soll dann in den geplanten Portalverbund zwischen Bund, Ländern und Kommunen eingebunden werden. Die Umsetzung erfolgt innerhalb einer Projektstruktur durch Vertreter der Stadt Halle (Saale) und der ITC Halle GmbH als technischen Dienstleister. Diese Projektstruktur soll zur Einführung und Umsetzung des vorgenannten OZG-Katalogs erweitert werden.

Egbert Geier
Bürgermeister